

19.01

**Abgeordnete Elisabeth Feichtinger, BEd BEd (SPÖ):** Herr Präsident! Herr Minister! Hohes Haus! Liebe Zuseherinnen und Zuseher! Für mich als Landwirtschaftssprecherin ist der Grüne Bericht ein zentrales Instrument, um festzustellen, wie es unseren land- und forstwirtschaftlichen Betrieben im letzten Jahr ergangen ist. Bei der Analyse des Berichtes muss man zum Schluss kommen, dass leider nicht alles Gold ist, was glänzt. Das zentrale Ergebnis der Einkommensberechnungen zeigt ein Plus von 42 Prozent bei einem durchschnittlichen Einkommen in landwirtschaftlichen Betrieben im vergangenen Jahr. Bei genauerem Hinsehen zeigt sich aber, dass insbesondere die großen Betriebe überdurchschnittlich davon profitiert haben und die kleinteilige Landwirtschaft wieder einmal durch die Finger geschaut hat, auf weiter Strecke.

Die Schere geht massiv auseinander, besonders beim Einkommen pro Familienarbeitskraft kann man das deutlich sehen. In größeren Betrieben stehen rund 18 000 Euro pro Familienarbeitskraft mehr zur Verfügung als in kleineren landwirtschaftlichen Betrieben, da sprechen wir von nur rund 4 000 Euro. Es sind nicht nur die Zahlen, sondern es sind die Menschen dahinter, und die müssen schauen, wie sie diese Nebenerwerbslandwirtschaften überhaupt noch weiterhin betreiben können, wenn die finanzielle Situation so eng ist.

Schauen wir uns die oberen 25 Prozent der Betriebe an, die das meiste Einkommen haben: Sie haben rund 85 000 Euro pro Familienarbeitskraft. Was verdienen dagegen jene 25 Prozent, die am wenigsten haben? Sie haben im Durchschnitt einen Verlust von 3 200 Euro pro Familienarbeitskraft. – So viel zum Durchschnitt: Es ist also ganz klar zu sehen, dass gerade die kleinteilige Landwirtschaft davon nicht profitiert hat.

Wenn man jetzt noch neben dem Betrieb arbeiten geht – da sprechen wir von den Nebenerwerbslandwirten –, dann liegt das Nettohaushaltseinkommen aller Nebenerwerbsbetriebe im Schnitt bei rund 45 000 Euro; und da ist die unselbstständige Arbeitstätigkeit schon miteingerechnet. Im Vergleich zu

Vollerwerbslandwirten, die rund 80 000 Euro netto Haushaltseinkommen haben, ist das fast eine Verdoppelung zu den Nebenerwerbslandwirtinnen und -landwirten. Da ist es kein Wunder mehr, dass diese betroffenen Nebenerwerbslandwirtinnen und -landwirte sukzessive aufhören, überlegen, ob sie noch weitermachen oder ob sie jemanden finden, der ihren Betrieb noch weiterführt.

Sie erkennen natürlich auch, dass die Fördermittel in Österreich ungerecht verteilt sind, denn die zusätzlichen Fördergelder waren mitunter ein Grund dafür, dass die großen Betriebe so exorbitant viel Einkommen hatten. Politik sollte aber lenken und nicht nach dem Gießkannenprinzip verteilen, wenn es schon längst regnet.

Wenn jetzt die Preise zurückgehen, ist das ein tiefer Absturz und daher auch ein Versagen der Regierung. Es wäre wirklich besser gewesen, die Steuergelder nicht im Jahr 2022, als jeder Betrieb ein positives Ergebnis hatte, bei den Zuwächsen zu verteilen, sondern jene Betriebe zu unterstützen, die mit dem Einkommen auch letztes Jahr schon große Probleme hatten. Fördermittel müssen so verteilt werden, dass alle Landwirtinnen und Landwirte keine Angst davor haben müssen, um ihre Existenz fürchten zu müssen. Wer zusätzlich noch arbeitet, sollte nicht bestraft werden und nicht weniger zur Verfügung haben (*Beifall bei der SPÖ*), denn wer wird unsere Nahrungsmittel in gewohnter Qualität bereitstellen? – Das sind unsere Bäuerinnen und Bauern. (*Beifall bei der SPÖ.*)

19.04

**Präsident Ing. Norbert Hofer:** Nächster Redner ist Franz Leonhard Eßl. – Bitte schön, Herr Abgeordneter.